

Frankfurter Rundschau 31. Januar 1989 (Leitartikel Seite 3)  
(geschrieben Anfang November 1988)

## Sozialistische Inflation

Von Peter Klinkenberg

Jahrzehntelang galt es als eine der unumstößlichen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus, daß Inflationen lediglich in der Welt des Kapitals möglich sind. Gleichzeitig definierten Parteitheoretiker die Geldentwertung als besonders heimtückische Inszenierung des Finanzkapitals, um die Werktätigen nachträglich um ihren ohnehin kargen Lohn zu bringen. Doch wie so viele „ewige Wahrheiten“ des Marxismus-Leninismus ist auch diese These mittlerweile von der Wirklichkeit widerlegt worden.

Inflationen sind heute in der Welt des Sozialismus an der Tagesordnung. Viele Ostblockstaaten bis hin zum fernen China registrieren gegenwärtig Geldentwertungsraten, die häufig deutlich über denen der hochentwickeltesten westlichen Industrienationen liegen. Dabei muß nicht einmal Jugoslawien als Kronzeuge herhalten, wo die Inflation mittlerweile lateinamerikanische Dimensionen von mehreren hundert Prozent pro Jahr erreicht hat. Daß die polnische Bevölkerung seit Jahren Preisschübe von dreißig oder auch vierzig Prozent zu erdulden hat, ohne daß auf der Seite der Einkommen entsprechende Kompensationen erfolgten, ist auch in Westeuropa geläufig. In der ungarischen Presse wird die Inflationsrate bei der alljährlichen Veröffentlichung des Staatshaushaltes heute amtlich mitgeteilt: acht Prozent und mehr. Neu ist hingegen, daß auch in der Sowjetunion erstmalig in den Medien vermeldet wird, der defizitäre Staatshaushalt werde schon seit Jahren über die Notenpresse finanziert. Glasnost hat`s möglich gemacht, daß solche Wahrheit nun ausgesprochen werden darf.

Allen diesen sozialistischen Inflationen ist gemeinsam, daß sie systematisch vom Staat verfügt werden. Unter dem unerträglich werdenden Druck wirtschaftlicher Fakten sehen sich immer mehr Ostblock-Regierungen genötigt, die Preise per Verordnung heraufzusetzen bei in der Regel gleichzeitig praktiziertem Lohnstopp. Zum einen zwingt die immer mehr drückende Last der Subventionsmilliarden für die künstlich unterhalb der Kostenschwelle gehaltenen Produkt- und Dienstleistungspreise zu diesen Maßnahmen, die faktisch eine wirtschaftliche Verelendung großer Teile der ohnehin materiell benachteiligten Bevölkerung darstellen. Zum anderen ist es die bittere Erkenntnis, daß ein Ausbruch aus dem Teufelskreis zentraler Wirtschaftslenkung nur dann Chancen haben kann, wenn Kosten und Preise endlich in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden, wie das in der westlichen Welt die sogenannten Marktkräfte weitgehend automatisch bewirken.

In den sozialistischen Ländern rächt sich jetzt, daß man einfache wirtschaftliche Grundwahrheiten jahrzehntelang zu ignorieren versuchte. Der dadurch bewirkte Preisstau bricht sich nun um so brutaler Bahn und wirft die Bevölkerung häufig genug materiell um Jahre zurück. Selbst in einer vermeintlich halbwegs funktionierenden Volkswirtschaft wie der DDR ist die Inflation seit Jahren im Gang. Nur bevorzugt man dort die Politik heimlicher Preiserhöhungen für nahezu sämtliche Industrieprodukte und hält aus propagandistischen Gründen an den niedrigen Preisen weniger „Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs“ fest.

Doch die „große Preisreform“, von der der sowjetische Partei- und Staatschef Gorbatschow seit längerem als Grundvoraussetzung allen wirtschaftlichen Aufschwungs spricht, könnte sich als eine makabre Zeitbombe erweisen. Denn werden in den sozialistischen Ländern die häufig genug jahrzehntelang aus den Staatskassen subventionierten Betriebe konsequent zu Kostendeckung, Gewinn und optimaler Rentabilität verpflichtet, droht eine der letzten Säulen marxistischer Ideologie wegzubrechen: die These, daß es Arbeitslosigkeit in der Welt des Sozialismus nie geben könne. Schon kündigen sich erste sozialistische Bankrotte an, schon werden wie in Danzig 10 000-Mann-Betriebe auf die Abschussliste gesetzt, schon sollen demnächst Millionen sowjetischer Planbürokraten ihre für überflüssig befundenen Arbeitsplätze verlieren.

Am Ende dieser Politik würden auch in den Ostblock-Ländern arbeitslose Millionenheere möglich sein, die derzeit noch in den ineffizient arbeitenden staatlichen Betrieben auf den Lohnlisten stehen. Doch würden diese Arbeitslosen dann voraussichtlich elender dastehen als ihre westlichen Kollegen. Denn ihnen winkt vorerst nicht einmal ein bescheidenes „soziales Netz“. Die hartnäckigen Verfechter der zentralistischen Planwirtschaft stehen heute im gesamten Ostblock vor einem überdimensionalen Scherbenhaufen. Sie bekommen jetzt, volkswirtschaftlich gesehen, die Rechnung präsentiert.